

20. X. 1916

Die Lebensmittelversorgung.**Beratungen der Obmännerkonferenz.**

In der am 18. d. unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien wurde das Referat des Magistratsrates Dr. Jamöck über die Schaffung einer behördlichen Lebensmittel-Zentralabgabestelle in Beratung gezogen. Der Zweck dieser durch die Obmännerkonferenz von der Regierung verlangten Stelle soll der sein, die Gemeinde jeweils in Kenntnis zu setzen, wieviel Vorrat an Lebensmitteln vorhanden ist, wer mit diesen betraut wird und wie hoch das Zuteilungsquantum für jeden einzelnen sei. In diese Lebensmittel-Zentralabgabestelle, an deren Spitze ein Ministerialvertreter des Ernährungsamtes stehen wird, soll die Statthalterei, die Polizei und die Gemeinde Wien je einen oder zwei Vertreter entsenden. Auch je einen oder zwei Vertreter der direkt Belieferten und der übrigen Konsumenten, ferner Vertreter der Zentralen (Kriegsgetreidegesellschaft, Kaffee-, Zucker- und Fettzentrale) sollen in dieser Kommission vertreten sein. Die Kommission soll nicht bindende Beschlüsse fassen können, sondern stets soll die Entscheidung dem Ministerium vorbehalten bleiben.

In der Debatte über diesen Gegenstand bemängelten die Gemeinderäte Neumann und Skaret den engen Wirkungskreis dieser Kommission, und Gemeinderat Skaret verlangte überdies, daß in diese mehrere Vertreter der Gemeinde Wien entsendet werden sollen; weiter sprach er den Wunsch aus, daß die Kommission auf die Verteilung der Lebensmittel sich beziehende bindende Beschlüsse fassen könne. Bürgermeister Dr. Weiskirchner fasste das Ergebnis der Debatte zusammen, nach dem die Obmännerkonferenz die Entsendung von drei Mitgliedern der Gemeinde in die Kommission fordert und weiter eine Erweiterung des Wirkungskreises der Lebensmittel-Zentralabgabestelle in der Richtung wünscht, daß ihr nicht bloß eine Uebersicht über den Lebensmittelmarkt, sondern auch ein Kontroll- und Verfügungsrecht eingeräumt werde.

Die Eierversorgung.

Die Obmännerkonferenz beschäftigte sich hierauf auf Anregung des Gemeinderates Steiner mit den geradezu unhaltbaren Zuständen auf dem Eiermarkt. Nach einer Debatte, an der sich die Gemeinderäte Dr. Hein, Neumann, Leitner und Marktamtsdirektor Bauer beteiligten, gelangte die Obmännerkonferenz zu dem Beschluß, vom Magistrat einen Bericht abzuverlangen, ob nicht eine Zentralisierung des Eiergeschäftes in Wien, die Einführung der Fütterungspflicht für Eier und die Einführung einer Eierkarte zweckmäßig erscheine. Auch solle abermals die von der Regierung seitens der Gemeinde bereits verlangte Beschlagnahme der in Wien eingelagerten konservierten Eier, über welche Eingabe bis heute keine Erledigung erfolgt ist, urgieren sowie die Behebung der für die Eierausfuhr aus Galizien bestehenden Schwierigkeiten verlangt werden.

Maßnahmen gegen das Anstellen.

Magistratsrat Dr. Jamöck berichtete hierauf über einen Erlaß des Ministeriums des Innern, durch den der Magistrat beauftragt wird, verschiedene Maßnahmen gegen das Anstellen bei den Lebensmittelverkäufern in Angriff zu nehmen. Ueber die in diesem Erlaß enthaltenen Vorschläge gelangte die Obmännerkonferenz zu folgenden Beschlüssen:

Die Forderung der Regierung nach einer vorübergehenden Bereitstellung größerer gedeckter Lokalitäten, in denen die Angestellten vor den Unbilden der Witterung geschützt werden, muß mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse als kaum durchführbar und bedenklich erklärt werden.

Der Anregung bezüglich der fahrbaren Verkaufsstände für Lebensmittel kann wegen ungenügenden Fuhrwerks und aus anderen triftigen Gründen nicht nähergetreten werden.

Der Vorschlag, zur Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln für die einzelnen Haushaltungen Schulfinder zu verwenden, wird dem Bezirkschulrat zur Begutachtung vorgelegt.

Die Polizeidirektion ist zu ersuchen, daß die Wachenleute behufs Abkürzung des Anstellens und Verminderung der Zahl der bei den Lebensmittelverkäufern Angestellten dahin angeleitet werden, daß sie die Geschäftsinhaber befragen, wie groß der vorhandene Vorrat ist und bei gleicher Dosierung desselben für jeden Angestellten gleich darauf aufmerksam machen, daß nur bis zu einer bestimmten Reihe der Angestellten Ware vorhanden ist und die übrigen sich daher entfernen wollen, um irgendwo anders eventuell ihren Bedarf decken zu können.

Mangelhaftes Pferdefutter.

Vizebürgermeister Sierhammer teilte mit, daß ihm seitens der Fuhrwerksbesitzer zahlreiche Klagen über das von der Futtermittelzentrale ihnen zugewiesene Pferdefutter zugekommen seien, und legte eine Probe dieses Pferdefuttermittels vor, die auf Verfügung des Bürgermeisters durch den Magistrat der Lebensmitteluntersuchungsanstalt zur Begutachtung einzusenden ist.

Höchstpreise für Wein.

Auf Anregung des Gemeinderates Steiner beauftragte der Bürgermeister den Magistrat, ein Gutachten über die Erstellung von Höchstpreisen für Wein abzugeben.

Einschränkungen der Broterzeugung.

Gemeinderat Neumann führte darüber Beschränkungen, daß in den letzten Tagen bei vielen Kleinbäckern fast kein Brot zu erhalten war und bei einzelnen Bäckern Backtage, und zwar nur zwei oder drei in der Woche, eingeführt worden seien. Magistratssekretär Dr. Hofkopf teilte hierauf mit, daß durch die direkte Dotierung des

Kriegsverbandes, der Konsumvereine und Konsumentenorganisationen seitens der Kriegsgetreidegesellschaft das auf die Gemeinde entfallende Kontingent von zirka 200 Waggons pro Woche um zirka 27 Waggons gekürzt werde, wodurch die Dotierung der Kleinbäcker im bisherigen Maße unmöglich werde. Trotzdem das Ministerium des Innern auf diesen Umstand wiederholt aufmerksam gemacht worden sei, sei eine Änderung nicht erfolgt.